

Das Gas, die Bundesnetzagentur und das maoistische Erbe der Grünen

Stand: 18.08.2022 | Lesedauer: 8 Minuten

Von Magnus Klaue



Klaus Müller, Chef der Bundesnetzagentur

Quelle: picture alliance/dpa

Ähnlich wie Karl Lauterbach in der Corona-Krise beruft sich Klaus Müller in der Gaskrise auf Experten, um seine moralischen Belehrungen zu legitimieren. Seine Bundesnetzagentur scheint eher auf Demontage als auf den Energie-Ausbau aus zu sein. Das liegt auch am ideologischen Erbe der Grünen.

„Mit Chaos auf Erden erreicht man große Ordnung im Land“. An diese Maxime Mao Zedongs, die in der chinesischen Kulturrevolution (</geschichte/gallery157084595/Maos-Grosse-Kulturrevolution.html>) maßgebend geworden ist, scheinen sich gegenwärtig manche Grünen-Politiker zu erinnern. Die grüne Partei war seit ihrer Gründung 1980 nicht nur durch linksalternative Ausläufer der völkischen Naturschutzbewegung geprägt, sondern auch durch Maoisten, die weder in der akademisch dominierten Neuen Linken noch in sozialistischen Kleinparteien einen Ort fanden.

In westdeutschen K-Gruppen hatten sie revolutionären Gehorsam und die Verachtung jedweder „kleinbürgerlichen Gesinnung“ gelernt. Andererseits waren ihnen die bürokratische

Schwerfälligkeit und das Vertrauen auf Parteien als Institutionen sozialer Veränderung zuwider, wie sie sich unter orthodoxen Sozialisten und in der DKP fanden.

Im Unterschied dazu vereinten die K-Gruppen Linientreue und asketische Moral mit zeitgemäßen Kompetenzen wie Improvisationstalent, gruppenkonforme Eigeninitiative und Lust an spontaneistischer Zerstörung. Günter Maschke, einst SDS-Mitglied und später Leitfigur der Neuen Rechten, hat die Allianz von Kadertreue und Individualismus in seiner 1973 erschienenen Studie „Kritik des Guerillero. Zur Theorie des Volkskriegs“ mit dem Einfühlungsvermögen des früheren Sympathisanten beschrieben.

Kretschmann, Bütikofer, Fücks

Am bekanntesten unter den einstigen grünen Maoisten dürfte heute der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (</themen/winfried-kretschmann/>) sein, der durch seinen autoritären Corona-Kurs, mit dem er sogar den bayerischen Protestanten Markus Söder übertroffen hat, während der vergangenen zwei Jahre vor Augen führte, dass er die sozialpsychologische Umerziehung der Bevölkerung aus dem Effeff beherrscht. Aber auch Reinhard Bütikofer (</themen/reinhard-buetikofer/>), Vorsitzender der Europäischen Grünen Partei, der im Taiwan-Konflikt gegen China Partei ergreift und zugleich die Europäische Union zum „Systemwettbewerb“ mit der Volksrepublik auffordert, und Ralf Fücks (</politik/deutschland/plus239388237/Ralf-Fuecks-Wenn-man-das-nicht-ernst-nimmt-landen-wir-in-ein-paar-Jahren-im-naechsten-Krieg.html>), der mit seiner jetzigen Ehefrau Marieluise Beck das Zentrum Liberale Moderne ins Leben gerufen hat, das im Krieg gegen die Ukraine für den Westen eintritt, waren in ihren Anfängen Maoisten.

Eine Untersuchung der Formen, die die maoistische Prägung von Grünen-Politikern in deren späteren Wirkungsgebieten angenommen hat, könnte womöglich zeigen, dass sich bei aller Gegenläufigkeit ihrer späteren Orientierung ein Motiv durchgehalten hat: die Überzeugung, dass sich politische Ziele nicht mit den Mitteln überkommener Parteienpolitik durchsetzen lassen, sondern eher durch kultur- und moralpolitische Umbildung der Bevölkerung.

Während aus den Ansprechbaren unter den ex-maoistischen Kadergruppen später im besten Fall staats skeptische Liberale wurden, dominiert die Neigung zum autoritären Moralisieren die grüne Energiepolitik der Gegenwart. In dieser kommt Maos Rede von der Ordnungsstiftung durch Chaotisierung in gewisser Weise verspätet zu sich selbst. Die

Maxime zielte darauf, dass man den Menschen zuerst alles nehmen muss, was ihnen selbstverständlich ist, dass die Bequemlichkeiten, lieb gewonnenen Gewohnheiten und harmlosen Alltäglichkeiten, die Voraussetzung eines angenehmen Lebens sind, zerstört werden müssen, damit in den verunsicherten Einzelnen das Bedürfnis nach einer Ordnung wachsen kann, die ihnen die Verantwortung für ihr Leben abnimmt.

Autoritäres Moralisieren

Betätigungsfeld solcher autoritären Moral sind heute nicht mehr nur Bildung und Kultur, sondern auch Infrastruktur- und Verbraucherschutzpolitik. Die Agentur ihrer Durchsetzung ist die 1998 als „Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post“ gegründete heutige Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, der seit März 2022 der frühere Grünen-Politiker Klaus Müller vorsteht. Der ist Jahrgang 1970, weswegen er für einen maoistischen Background deutlich zu jung ist. Umso erstaunlicher ist es, wie sehr er den älteren Semestern im autoritären Moralisieren das Wasser reichen kann.

Müller führt eine Bundesbehörde an, die aus der staatlich lancierten Zerschlagung und Privatisierung einstiger Staatsbetriebe hervorgegangen ist, deren Restbestände nun mit den Mitteln von Wettbewerbskontrolle, Zentralisierung und Vernetzung erneut in staatliche Regie genommen werden sollen. Was allerdings nicht zum Zweck der Sicherung einer infrastrukturellen Grundversorgung aller Bürger, sondern mit dem Ziel der moralischen Reglementierung von deren Alltagsverhalten geschieht.

Hervorgegangen aus dem Bundesministerium für Telekommunikation, ist die Bundesnetzagentur eine Behörde des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz und über die Regulierung der Telekommunikation hinaus seit 2005 auch für die Strom- und Gasversorgung sowie seit 2006 für die Infrastruktur der Bahn zuständig. Insofern gehört ihre Entstehung zur Nachgeschichte der Wiedervereinigung, in deren Folge staatlich betriebene Verkehrs- und Versorgungsinfrastrukturen privatisiert oder teilprivatisiert wurden.

Die Deutsche Bahn AG entstand 1994 durch Fusion der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Reichsbahn in einer Holding, die zu 100 Prozent im Eigentum des Bundes ist. 1995 entstand durch Privatisierung des öffentlich-rechtlichen Unternehmens Deutsche Bundespost die Deutsche Telekom, zu der seither andere Telekommunikationsanbieter in Konkurrenz getreten sind. Die Privatisierung der Deutschen Post erfolgte 1999, ohne dass

deren Monopol wirklich aufgebrochen worden wäre; der Gas- und Strommarkt ist im Vergleich zum Postverkehr stärker liberalisiert.

Die Pseudoliberalisierung und ihre Folgen

Obwohl die Bundesnetzagentur dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz untersteht, führt sie Kompetenzen zusammen, die ehemals auf das Wirtschafts-, das Verkehrs- und teilweise das Justizministerium (Kartell- und Wettbewerbsrecht) verteilt waren. Indem sie die wettbewerbliche und technische Kontrolle der Verkehrs-, Kommunikations- und Energieversorgungsnetze sichert und einen „diskriminierungsfreien Zugang“ zu ihnen garantiert, verbindet sie auf dem Gebiet der Infrastrukturpolitik Elemente von Marktliberalismus mit klassischen Staatsaufgaben. In Wahrheit verstetigt sie dadurch den für Deutschland charakteristischen Widerspruch zwischen Wirtschaftsliberalismus und Staatsinterventionismus.

Indem sie die einstigen Monopolisten zwingt, die Märkte für Konkurrenten zu öffnen, befördert sie einerseits die Deregulierung früherer Bereiche staatlicher ökonomischer Kontrolle. Indem sie den Fortbestand staatlicher Regulierungshoheit über die materielle Infrastruktur garantiert, die auch die Privaten nutzen müssen, stellt sie andererseits – gemäß der Lehre von der Dialektik von Chaos und Ordnung – sicher, dass der nominell freie Wettbewerb weiter staatlicher Regie untersteht. Der desaströse Zustand der Deutschen Bahn, die fast inexistente Kundenorientierung der Post, der Rückstand Deutschlands bei der Digitalisierung, all das ist auch eine Folge der Tatsache, dass seit der Pseudoliberalisierung von Telekommunikation, Verkehr- und Stromversorgung die Zuständigkeitsbereiche von Markt und Staat, statt dass sie entflochten worden wären, hoffnungslos miteinander verfilzt sind.

Weder existiert eine transparente staatliche Ordnungspolitik noch ein wirklich freier Markt, auf dem sich das für die Allermeisten Beste seiner eigenen Logik gemäß durchsetzen könnte. Vielmehr koexistieren Elemente staatlicher Kontrolle, die mit Sozialpolitik, und solche staatlicher Vernachlässigung, die mit Liberalismus verwechselt wird. Als Kitt für die Widersprüche zwischen Markt und Staat fungiert in Deutschland seit jeher die Moral, die nicht als Ergebnis freier Aushandlung widerstrebender Interessen angesehen, sondern zivilstaatlich oktroyiert wird. Wohl in dieser Degradierung der Moral zum

gemeinschaftsstiftenden Gesinnungskitt ist es begründet, dass Klaus Müller seit seinem Amtsantritt fast nur als Oberlehrer der Nation agiert.

Unerbetene Belehrungen

Die durch Fehlentscheidungen forcierte Energiekrise kommentiert er nicht aus der Perspektive desjenigen, der ökonomische Zwänge mit den verbrieften Ansprüchen der Bürger zu vermitteln hat, sondern als Sprachrohr der Gasspeicher, Heizungen und Duschköpfe, die aus ihm reden wie noch vor einem Jahr „das Virus“ aus Markus Söder sprach, der aus dem Bauch heraus wusste, was Corona „uns“ erlaubt oder verbietet: „Aus Sicht der Speicherstände muss ich deutlich sagen, jede und jeder ist aufgerufen, auch schon heute dazu beizutragen, Gas zu sparen“.

Ähnlich wie Karl Lauterbach auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik beruft sich Müller auf dem Gebiet der Versorgungspolitik statt auf seine Dienstpflicht auf Experten, um seine unerbetenen moralischen Belehrungen zu legitimieren: „Ein Grad weniger Temperatur in der Wohnung, zwei Minuten weniger unter der Dusche & ein kritischer Blick auf die Heizungspumpe am Ende der Heizperiode, & ich bin schon recht nahe am Zehn-Prozent-Ziel“, zitierte er auf Twitter den Verbraucherschützer und „Energieexperten“ Martin Brandis.

Und der „Taz“, die den konstitutiven Widerspruch zwischen Wirtschafts- und Klimapolitik journalistisch nicht minder effizient übertüncht als der Name von Robert Habecks Ministerium es tut, sagte Müller, ohne rot zu werden, im Interview: „Ich glaube, dass der Preis mit seiner unsozialen Härte die wirkungsvollste Maßnahme sein wird, damit auch die Privathaushalte Gas sparen.“

Das Bekenntnis zu einer unsozialen Politik als Mittel energiepolitischer Bevölkerungskontrolle ist kaum anders zu verstehen als so, dass neben den von Habeck attackierten Oberschichtschmarotzern (beheizte Bäder und Pools) nun auch die Unterschichtschmarotzer als verantwortungslos vorgeführt werden sollen.

Zum Schutz der Verbraucher vor sich selbst

Das von Müller angeführte Brandis-Zitat ist noch aus einem anderen Grund interessant. Es signalisiert einen tiefgreifenden Bedeutungswandel des Verbraucherschutzbegriffs. Der

Verbraucherschutz als klassische Staatsaufgabe, die in Österreich anders als in Deutschland sympathischerweise immer noch „Konsumentenschutz“ genannt wird, sollte ursprünglich den Konsumenten vor unzulässiger Manipulation schützen, ihm eine auf dem begrenzten Gebiet der Marktteilnahme freie Kaufentscheidung möglich machen und dadurch auch umgekehrt eine von staatlicher Intervention, Monopol- und Oligopolbildung so weit wie möglich unbeeinflusste Konkurrenz der Anbieter sichern.

Die Bundesregierung dagegen scheint heute unter Verbraucherschutz den Schutz der Verbraucher vor sich selbst zu verstehen: Als rechtmäßiger Verbraucher gilt nur noch der nachhaltige, klimagerechte, gesundheitsbewusste Bürger, der bei jedem Aufdrehen des Wasserhahns seinen ökologischen Fußabdruck genauso wie die Weltpolitik im Blick hat. Verbraucherschutz in diesem Sinne ist moralische Konsumentenkontrolle und Selbstschutz des Staates gegen die Wahrnehmung staatlichen Fehlhandelns.

Die Bevölkerung wird sich darauf einstellen müssen, dass auch die Metapher des Netzes, die Müllers Behörde im Namen trägt, von der Bundesregierung realpolitisch im Sinne einer autoritären Moralvorstellung begriffen wird: nicht, wie lange Zeit üblich, als Bild für den freien Verkehr der Waren, Meinungen und Eigeninteressen, die sich, je mehr Raum der Staat ihnen lässt, umso wirksamer miteinander verflechten, sondern als Leitbild einer Gemeinschaft freiwillig Verzichtender, die umso weniger von ihrem eigenen Leben erwarten, desto weniger sie einander gönnen.

Die darin antizipierte Vorstellung eines Rückbaus gesellschaftlicher Infrastruktur zum archaisch-provisorischen Wurzelwerk ist so trostlos, dass hoffentlich auch viele, die sie rhetorisch beschwören, in ihrem Alltag nicht danach leben. Dann könnte sich die nachhaltig-grüne Kulturrevolution sehr schnell als postmodernes Luftschloss erweisen.

„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twnCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music (https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v) oder direkt per RSS-Feed.

Teilen Sie die Meinung des Autors?

JA  2472

NEIN  85

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/240357613>